



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 15/2012
November 2012 (1)

Liebe Leserinnen und Leser,

Am vergangenen Wochenende ist der christlich-liberalen Koalition ein wegweisender Kompromiss gelungen. Die Einführung des Betreuungsgeldes ab dem 1. August 2013 und die künftige Lebensleistungsrente sind nur zwei Punkte. Zusätzlich werden beispielsweise 750 Mio. € zusätzlich für die Erhaltung, den Aus- und Neubau von Straßen, Bahnen und Wasserwegen eingesetzt.

Die christlich-liberale Koalition ist handlungsfähig. Ihr oberstes Ziel bleibt weiterhin die Entlastung der Bürger und die Konsolidierung des Haushaltes.

Herzliche Grüße,
Ihre Antje Tillmann



9. Existenzminimumbericht

Der 9. Existenzminimumbericht kommt zu dem Ergebnis, dass ab dem Jahr 2013 beim Grundfreibetrag von 8.004 € ein Erhebungsbedarf besteht. Der Anpassungsbedarf beträgt in 2013 126 € und in 2014 224 €, also insgesamt 350 €. Bestätigt hat sich damit, dass diese mit dem Gesetzentwurf zur kalten Progression vorgesehene Anpassung zwingend notwendig ist, um nicht zum 1. Januar 2013 auf eine verfassungswidrige Situation zuzulaufen.

Ehrenamtliches Engagement ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Lebens. Neben dem Dank wollen wir diese Leistungen der Ehrenamtlichen künftig noch weitergehend steuerlich fördern.

Übungsleiterpauschale

Der Steuerfreibetrag wird um 300 € auf 2.400 € angehoben. Damit sollen bürgerschaftliches Engagement gezielt gefördert und gleichzeitig bürokratische Hemmnisse abgebaut werden, da die Einnahmen weder der Steuer noch der Sozialversicherungspflicht unterliegen.

Ehrenamtspauschale

Dem Anliegen um stärkere Anerkennung des Ehrenamts folgend werden wir auch die Ehrenamtspauschale um 220 € auf 720 € erhöhen.

Umsatzgrenze bei Sportveranstaltungen

Die Umsatzgrenze für die steuerbegünstigende Klassifizierung von Sportveranstaltungen eines Sportvereins als Zweckbetrieb wird um 10.000 € auf 45.000 € angehoben. Ziel ist, die eher am Breitensport ausgerichteten Vereine über vereinfachende steuerliche Rahmenbedingungen von Bürokratiekosten zu entlasten. Durch die Anhebung der Umsatzgrenze entfällt bei kleineren Veranstaltungen die Pflicht, die Ausgaben detailliert dem steuerpflichtigen bzw. dem steuerfreien Bereich zuzuordnen.

Verlängerung der Mittelverwendungsfrist

Gemeinnützige Körperschaften müssen ihre Mittel zeitnah zur Verwirklichung ihrer steuerbegünstigten Zwecke verwenden. Bisher galt die Mittelverwendung dann als zeitnah, wenn die Mittel bis zum Ende des Jahres eingesetzt wurden, das auf das Zuflussjahr folgte. Diese Frist wird um ein weiteres Jahr verlängert. Dadurch verringert sich der Handlungsdruck für die Organisationen und wird größere Flexibilität in der Planung des Mitteleinsatzes geschaffen.

Arbeitslosigkeit weiter auf stabil niedrigen Stand

Bundesweit waren im Oktober 2,753 Mio. Menschen in Deutschland als Arbeitslos registriert. Dies ist ein leichter Anstieg um knapp 16.000 Arbeitslos im Vergleich zum Oktober 2011. In Thüringen gab es 90.746 Arbeitslose, 1.114 weniger als im Vorjahr.

Große Anfrage zur Lage der Kommunen

Die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP haben eine Große Anfrage zur Lage der Kommunen in der Bundesrepublik gestartet. Die Fraktionen wollen hierdurch unter anderem feststellen, was die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode für die Kommunen getan hat und wie die finanzielle Lage der Kommunen aktuell ist. Konkret geht es bei den 92 Punkten unter anderem um die Frage, welche Gesetze und Verordnungen des Bundes zu Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben der Kommunen führten und was der Bund dafür tut, dass die Kommunen den Rechtsanspruch von Eltern aus Betreuung ihrer Kinder unter drei Jahren ab August 2013 erfüllen können.

Einigung beim Kita-Streit

Bund und Ländern haben sich beim Streit über den zusätzlichen Ausbau der Kita-Plätze geeinigt. Die Bundesländer erhalten nun folgende Erstattung für die Betriebskosten:

Zeitpunkt	Neu	Alt
2013	18,75 Mio. €	-
2014	37,50 Mio. €	37,50 Mio. €
2015	75,00 Mio. €	75,00 Mio. €

Zusätzlich sind sich Bund und Länder einig, dass künftig anders als bislang alle drei Monate Berichte über den Ausbaufortschritt und die verwendeten Mittel erstattet werden sollen.

Diese Einigung ist wichtig, denn aktuell gibt es einen Bedarf von 780.000 Kita-Plätzen, 30.000 mehr als beim Krippengipfel 2007 als Ausbauziel vereinbart wurde. Nach Berechnungen des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) sollen aktuell bundesweit 39,4 Prozent aller Kinder in Kindertageseinrichtungen betreut werden. In Thüringen liegt dieser Wert aktuell sogar bei 53,2 Prozent aller Kinder. Die Quote deutlich über dem Bundeschnitt wird trotz des Thüringer Erziehungsgeldes erreicht.

Zudem besteht weiterhin eine Diskrepanz zwischen Betreuungswunsch und tatsächlicher Betreuungsquote. In Thüringen beträgt diese Diskrepanz 6,3 Prozent. Damit gehört der Freistaat zu den Spitzenreitern in Deutschland. Schlusslicht ist Bremen mit einer Diskrepanz von 21,8 Prozent, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Hessen. Aber auch in Erfurt fehlen aktuell rund 400 Kita-Plätze für unter dreijährige.

Praxisgebühr abgeschafft

Die 2004 von Rot-Grün eingeführte Zuzahlung für Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung bei Arzt-, Zahnarzt-, oder Psychotherapeutenbesuchen sowie beim kassenärztlichen Notdienst wird zum 1. Januar 2013 abgeschafft. Dies hat der Deutsche Bundestag auf Antrag der christlich-liberalen Koalition einstimmig beschlossen.

Die Gesetzlichen Krankenkassen erhalten für den Wegfall der sogenannten Praxisgebühr (ca. 2 Mrd. €) dauerhaft einen vollständigen Ausgleich aus dem Gesundheitsfonds.

Die Entlastung der Bürger zielt auf die Stärkung des privaten Konsums. Zu dieser hat sich Deutschland nicht nur auf dem G20-Gipfel von Cannes vor genau einem Jahr verpflichtet. Vielmehr sind wir auch nach europäischem Recht gehalten, zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte das Wachstumspotential über eine gestärkte Binnen-nachfrage zu festigen. Denn im Extremfall können übermäßige Leistungsbilanzüberschüsse auf Empfehlung der Kommission zu einer Geldbuße führen, was es zu verhindern gilt.

Lottomittel für Porta Coeli Kirche

Die evangelische Kirchengemeinde Kühnhausen erhielt 3.000 € Lottomittel für die Sanierung der Turmhaube der Porta Coeli Kirche.

In den vergangenen Jahren wurde die Kirche „Zur Himmelspforte“ kontinuierlich restauriert. Zu den größten Schritten der vergangenen Jahre zählt die Neudeckung des Daches, die Installation einer elektronischen Turmuhr mit Geläut und vor allem die Trockenlegung und Isolierung der Fundamente der 1714 errichteten Kirche.



Lottomittelübergabe mit Antje Tillmann, Pfarrer Dr. Martin Remus, Ortsteilbürgermeisterin Renate Lindner und Daniel Schaar (Vorsitzender Gemeindekirchenrat) (v.l.)

Impressum

Antje Tillmann MdB
antje.tillmann@wk2.bundestag.de
Redaktion: Sören Grumptmann, 09. November 2012